

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Monatspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 2902.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inzerate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 36.

Sonnabend, den 2. September 1916.

20. Jahrgang.

Die Erziehung und die berufliche Ausbildung zum Arbeiterschutz.

Der Hinweis auf die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegenüber den gewerblichen Schutzmaßnahmen ist bei allen in Frage kommenden Behörden und in allen Jahresberichten der Berufsvereinigungen, der Gewerbe- und technischen Aufsichtsbeamten eine ständige Erscheinung. Wenn bei der letzteren Berichterstattung auch vielfach die Abwesenheit der Unternehmer und deren Betriebsleiter auf Kosten der wirtschaftlich abhängigen Arbeiter zu entlasten, so werden doch die Wahrnehmungen und die Erfahrungen der letzten Jahre auch geltend gemacht, daß die auf Tatsachenmaterial gestützten Klagen nicht immer unbegründet sind. Für die denkenden Arbeiter, besonders für die gewerkschaftlichen Funktionäre, wird es keiner eingehenden Begründung bedürfen, daß ein nicht unbedeutender Teil der Arbeiter den hygienischen und unfallverhütungstechnischen Maßnahmen bei den Gewerbebetrieben gleichgültig gegenübersteht; eine jahrzehntelange Agitationsarbeit scheint hier auf unfruchtbaren Boden gefallen zu sein. Bei näherer Untersuchung des Mißerfolgs zeigt sich jedoch, daß wir im voraus bei unserer Tätigkeit die wirtschaftlichen Verhältnisse als Machtfaktor zu wenig gewirkt, daß wir sie unterschätzt und die Willenskraft des Arbeiters überschätzt haben. Ein großer Teil der Arbeiter kann infolge der vernachlässigten Schulbildung und Erziehung nicht die ständige Kraft aufbringen, um wichtige Kulturforderungen zu unterstützen. Wenn man also Leben und Gesundheit der Arbeiter erfolgreich schützen will, dann muß die Aufklärung über die Wichtigkeit des Arbeiterschutzes schon in der Volksschule beginnen, und die Eltern der heranwachsenden Jugend werden hier unterstützend mitwirken müssen.

Diese Frage ist in unsern Kreisen schon öfters erörtert worden, aber bisher ohne einigermassen zu dem gewünschten Ergebnis. Die Not des Krieges hat auch hier ein „Umleuchten“ veranlaßt. In dem Duesenburger Kreisblatt vom 6. Juni dieses Jahres wurde in Kürze eine Anweisung des zuständigen Regierungspräsidenten veröffentlicht, wonach, um die zahlreichsten Unfälle bei landwirtschaftlichen Betrieben zu verhindern, verlangt wird, daß in den ländlichen Schulen die Kinder über die Bedeutung der Unfallverhütung und der Unfallverhütungsvorschriften unterrichtet werden sollen. Verantwortung für dieses Vorgehen hat die Verwendung zahlreicher Kinder in der Landwirtschaft gegeben. Es wird als sehr naheliegend angenommen werden können, daß auf Anweisung des Unterrichts- und des landwirtschaftlichen Ministeriums auch die übrigen Regierungspräsidenten in Preußen ähnliche Verfügungen erlassen haben und daß diese Einrichtung nach dem Kriege weiter bestehen wird. Damit wäre der erste Schritt auf diesem Wege getan. Eine andere Frage ist nur, in welcher Art und Weise diese Belehrung vor sich gehen soll und inwieweit sich die Lehrerschaft diesen Aufgaben gewachsen zeigen wird. Immerhin bietet diese Erziehungstätigkeit für die Landwirtschaftswirtschaft erhebliche Vorteile, weil eine große Zahl der Lehrer selbst in der Praxis steht oder davon umgeben ist. Für die gewerblichen Berufsleute (Handwerk, Industrie usw.) wird die Volksschule eine allgemeine Belehrung über die Anfangsgründe des Gesundheitsschutzes geben müssen; die Fortbildungsschule kann darüber schon hinausgehen.

Die Generalkommission hat auf der letzten Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände eine gründliche Beratung über das Lehrgangswesen auf dem nächsten Gewerkschaftskongress bestimmt. Zur Unterlage dieser Beratung soll in den Verbänden eine Untersuchung über die technische und theoretische Ausbildung und wirtschaftliche Lage, wie Löhne, Ernährung, Arbeitszeit usw. der Lehrlinge bis Ende 1917 herbeigeführt werden. Für die Gewerkschaften ist dieses Vorgehen im Interesse ihres Nachwuchses durchaus notwendig. Die technische Entwicklung in fast allen Gewerben verlangt heute eine andere Lehrlingsausbildung, als sie in Klein- und Handwerksbetrieben im allgemeinen geboten wird und geboten werden kann. Die berufliche Ausbildung in diesen Betrieben genügt für die Anforderungen der immer maßgebender werdenden Industrie nicht mehr. Deshalb sind größere Gemeinden von dazu übergegangen, hier durch Erweiterung des Fortbildungsaufwandes und durch die Schaffung von Fachschulen ergänzend einzugreifen, wodurch dem Lehrling im Zusammenhang eine theoretische Ausbildung und praktische Anleitung ermöglicht wird.

Einen weitgehenden Schritt auf diesem Gebiete hat die Stadt München getan. Auf Anregung des Schultates Dr. Kerschbamer hat der Magistrat im März 1914 die Erbauung einer Gewerkschule beschlossen. Mit einem Kostenaufwande von 1.543.000 Mk. beschlossen, wovon etwa 400.000 Mk. auf Inneneinrichtung, wie Maschinen, Werkzeuge usw., kommen. In der Schule ist unter anderem durch mehrere Stockwerke reichende große Halle vorgesehen, in der Maurer, Zimmerer und Dachdecker den Häuserbau in der Praxis üben sollen. Im Keller werden Plasterer, Steinmetze, Schlosser und Elektromonteur arbeiten. Außer den Bauberufen erhalten Schlosserbauern und Mechaniker praktischen Unterricht. Wie weiter Maschinenbauern, Medizintechnikern im Juli dieses Jahres mitteilen wollte, hat die Ortsgruppe des Bayerischen Fortbildungsausschusses eine Vereinigung zur Förderung des Unterrichts in Unfallverhütung und Gewerbehygiene gegründet. Aufgabe dieser Vereinigung soll die Bekämpfung des Interesses für den Unterricht in Unfallverhütung und Gewerbehygiene in den beruflichen Kreisen sein.

Um den steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitern befriedigen zu können, ist die Großindustrie im Maschinenbauwesen, für den Maschinenbau, für Elektrotechnik, für Präzisionsinstrumente und andere Fertigungsarten schon längst dabei, im Anschluß an ihre Betriebe eigene Lehrlingsklassen einzurichten, die mit aller Technik der Neuzeit und allen praktischen Lehrmitteln ausgerüstet werden. Die Ausbildung einer „Auslese“ von jugendlichen Arbeitern in den Spezialberufen der Industrie wird immer eine Teilung der Arbeit bedingungslos, wenn auch nicht in dem Maße, wie allgemein angenommen wird. Abgesehen von der großen Masse der ungelerten Arbeiter, die in diesen Betrieben beschäftigt werden, kann die Industrie ihren besonderen Arbeiterleuten mit einer einheitlichen oder rückwärts gerichteten berufstechnischen Ausbildung nicht getrauen. Die in untern Kreisen so oft berührte Teilung der Arbeit ist, entsprechend dem Stande der Entwicklung, nicht allein auf die Industrie beschränkt, sondern zuerst fast in allen Gewerbebetrieben und in den Handwerksbetrieben vorzufinden, auch im Baugewerbe. Neue Berufe treten

dadurch hervor und steigern den Konkurrenzkampf. Mag man über die Lehrlingsausbildung denken wie man will; die Großindustrie dieses Vorgehens wird man bei ungetrübtem Blick nicht unterschätzen können. Die Industrie schafft sich dadurch einen leistungsfähigen Stamm von Arbeitern, Monteuren und Werkmeistern, die von diesen Unternehmerbetrieben in hohem Maße wirtschaftlich abhängig sind. Der große technische Impuls unserer Zeit drängt zur Industrie und dabei läßt man sich leicht über das Elend der Industriearbeiter hinwegtäuschen. Die amerikanische Entwicklung läßt an, bei uns vorbildlich zu werden. Im Bund mit der Unternehmerpresse haben es im letzten Jahrzehnt die Milliardäre jenseits des Ozeans verstanden, dem amerikanischen Volke den Glauben an die Überlegenheit der großindustriellen Technik zu suggerieren. Die kriegstechnischen Erfolge und was sonst im Laufe der letzten zwei Jahre von der Industrie geleistet wurde, haben auch in Deutschland eine ähnliche Suggestion ausgelöst, und wir brauchen uns nicht zu wundern, daß sich bei diesen Industrien und Werksbetrieben ein starker Andrang der Jugendlichen bemerkbar macht, der auch in Zukunft einen auffälligen Rückgang der Lehrlingsangebote bei den Kleinhandwerksbetrieben und beim Baugewerbe zur Folge haben wird.

Als vor einigen Jahren die bürgerliche Presse die ungewöhnliche Mitteilung brachte, daß Carnegie, der bekannte amerikanische Großindustrielle, eine Millionenanlage der Verneischen Schriften in den Schulen und sonst unentgeltlich verbreiten ließ, wurde bei uns diese Art des Vorgehens nicht gleich begriffen. Verne, ein äußerst fruchtbarer Schriftsteller, hat auch eine neue Art von Roman geschaffen, worin er es meisterhaft versteht, die Leistungsfähigkeit der Technik als grenzenlos darzustellen. Nach dem Lehrling: „Der Jugend gehört die Zukunft“ und was durch die Erziehung schon früh dem jugendlichen Sinn, dem Empfindungs- und Denkvorgang eingepflanzt wird, bewahrt sich für das ganze Leben, hat Carnegie dabei den Zweck verfolgt, die amerikanische Jugend für die Technik zu begeistern. Abgesehen von den Nebenabfällen dieses Mannes, liegt doch in seinem Vorgehen ein auch für uns nicht unbedeutend zu lassendes erzieherisches Werk, der auch unser Jugendstilfächer anregen mußte, in einer anderen Art auf diesem Gebiete etwas zu leisten. Die heranwachsende Jugend schon früh, möglichst in den letzten Jahren des Schulbesuchs, im Zusammenhang mit der Naturlehre, Physik, Geometrie und in Verbindung mit einem Handwerksunterricht für die Technik vorzubilden und dadurch zugleich den sittlichen Wert des Lebens sowie die Freude an der Natur und Kunst ohne Phantasterei zu steigern, muß eine Aufgabe unserer Volksschule werden. Bei dieser obligatorischen Jugendberziehung und -bildung wird dann auch auf die Bedeutung des Gesundheitsschutzes und Unfallsschutzes hingewiesen werden können. Bei der Schulentlastung würde dann dieses gewerkte Verständnis an der Hand der behördlichen oder berufsgenossenschaftlichen Schutzvorschriften in den Fortbildungs- oder Fachschulen und in der beruflichen Lehre oder Lehrwerkstätte weiter zu entwickeln sein. Wenn so die Volksschule für die beruflichen Arbeiter die Grundlage für den Menschenschutz schaffen soll, so ist dies noch notwendiger für die ungelerten und die weibliche Arbeiterchaft. Wo nach der Schulentlastung hierfür geeignete Fortbildungsschulen fehlen, werden die Gewerkschaften die weitere Fortbildung übernehmen müssen.

In den Industriewerkstätten besteht durchweg, wie bei den meisten Handwerksbetrieben, eine Lehrzeit von vier Jahren. Die Höhe der Lehrlinge sind, ebenso wie bei den Innungsmeistern, selbst bei normalen Verhältnissen sehr niedrig. Nach der „Welt der Technik“ (Nr. 14, 1915) erhalten die Lehrlinge der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Abteilung Apparatefabrik Berlin, in der Woche: das erste Jahr 8 Mark, das zweite 4 Mark, das dritte 6-8 Mark und für das vierte 8-10 Mark Lohn. Damit werden die Eltern oder Verpfleger der Jugendlichen für Kleidung, Ernährung usw. ohne beträchtliche Zulage niemals auskommen können. Bekanntlich sind die Jugendlichen in den Lehrjahren, die auch die Jahre des stärksten Wachstums sind, recht stark Elter, deshalb ist eine ausreichende Ernährung eine der wichtigsten Gesundheitsmaßnahmen. Aber darum kümmern sich bekanntlich die kapitalistischen und kapitalistischen Lehrherren weniger. Es dient deshalb auch dem allgemeinen Volkswohl und der militärischen Leistungsfähigkeit, wenn die Gewerkschaften entschlossen für eine den Lebensmittelpreisen angepaßte Erhöhung der Lehrlinge eintreten. Die Behandlung der Lehrlinge wird, abgesehen von Einzelfällen, in den Industriebetrieben besser sein als in Handwerksbetrieben.

Für die Eltern und Vormünder, die bei der Berufsberatung der Kinder in erster Linie in Frage kommen, werden bei der Auswahl des Berufs nicht allein die Ernährungsmöglichkeiten der einzelnen Gewerbe, sondern auch die mehr oder weniger bekannten Gesundheitsgefahren mitentscheidend sein. Aber auch der ungelerte Arbeiter wird gefährlichen Gewerbebetrieben auszuweichen suchen. Zwar sind von einer Anzahl von Industriewerkstätten vorbildliche Betriebsräume und Betriebsbedingungen geschaffen worden; aber allgemein ist das leider noch nicht geschehen. Das ergibt sich schon daraus, daß, soweit wir bekannt, in den Lehrplänen der Industriewerkstätten eine Ausbildung zur Wahrnehmung der Unfallverhütung usw. nur vereinzelt vorgesehen ist. Das ist zu verstehen; denn dazu gehören im ganzen Betrieb musterartige Schutzeinrichtungen. Dem Industriehandwerk wird mithin auf diesem Gebiet, im Gegensatz zum Baugewerbe, wenig Gelegenheit zur praktischen Schulung gegeben. Die Baugewerksinnungen fordern bei der Gesellenprüfung einige Kenntnisse von der Unfallverhütung.

Der auffällige Rückgang der Lehrlingsangebote in den Baugewerben ist zum nicht geringen Teil auf die bekannten Gesundheitsgefahren im Baugewerbe zurückzuführen. Diese Gefahren sind, was weniger beachtet wird, nicht für alle Berufe gleich groß. Der Maurer, Stukatur, Steinmetz, Maler, Djenleber, Glaser usw. ist nach den amtlichen Zahlenangaben nicht in dem Maße der Unfallgefahr ausgesetzt, wie der Bauhilfs-, Beton- und Eisenbauarbeiter und wie der Zimmerer, Dachdecker usw. Unleugbar sind für sämtliche Bauberufe die Gefahren der durch Staubatmung und durch Erschütterung erzeugten Krankheiten überreichlich vorhanden; für Maler und Anstreicher kommt noch die Farbenvergiftung hinzu. Die Unternehmer des Baugewerbes haben aus diesem Grunde alle Kräfte, und das ganz besonders für die Zeit nach dem Kriege, für eine weitgehende Förderung des Arbeiterschutzes Sorge zu tragen. In andern Industrien bestehen ähnliche Gefahren, die bedauerlicherweise noch viel zu wenig allgemein bekannt sind. Im Jahre 1913 kamen bei den 13 Bau- und Gewerkschaften auf 1000 Beschäftigte durchschnittlich 62,02

Berlechte, bei den sechs Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften aber durchweg beträchtlich mehr, nämlich bei der Südwestdeutschen 116,54, bei der Schlesiern 111,95 Berlechte. Die Hütten- und Walzwerkberufsgenossenschaft verzeichnet sogar 175,08 und die Maschinen- und Kleinmaschinenberufsgenossenschaft 79,61 Berlechte. Die Berufsvereinigungen für chemische Industrie, für Holzbearbeitung, für Elektrizität und Feinmechanik weisen annähernd dieselben Zahlen auf wie das Baugewerbe. Angesichts dessen haben die Gewerkschaften kein Interesse daran, daß der Großindustrie die Arbeiterjugend zugeführt wird. Gerade diese Betriebe wären in der Lage, einen weit besseren Arbeiterschutz durchzuführen als die Handwerksbetriebe.

Ich wiederhole also: Die erste Erziehung der Arbeiterklasse zum Verständnis des beruflichen Gesundheitsschutzes wird durch gesetzliche Maßnahmen der Volksschule übertragen werden müssen. Die hier gegebene Vorbildung muß durch die gewerblichen und ländlichen Fortbildungs- oder Fachschulen weiterentwickelt werden. Die Einführung des obligatorischen Fortbildungsaufwandes muß deshalb auch eine der wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften sein. Die Regierungsbehörden werden aber auch für eine Erweiterung der technischen Kenntnisse der Volksschullehrer Sorge tragen müssen. G. Heine.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1915.

Die früher innerhalb der modernen Arbeiterbewegung allseitig vertretene Auffassung von einem katastrophalen Zusammenbruch der Wirtschaftsordnung während eines europäischen Krieges hat sich nicht bewahrheitet. Obwohl das gegenwärtige Ringen zwischen den einzelnen Nationen an Ausdehnung und grandioser Tragweite alle früheren Erwartungen noch übertrifft, ist das Wirtschaftleben nicht zusammengebrochen, sondern hat sich den außergewöhnlichen Verhältnissen angepaßt. Diese Erscheinung kommt auch in der Lage der Gewerkschaften zum Ausdruck. Einen Beweis dafür bietet die von der Generalkommission bearbeitete und in einer Beilage zur Nr. 92 des Korrespondenzblattes veröffentlichte Kartellstatistik für das Jahr 1915, die einen Teil der Gewerkschaftsbewegung während eines vollen Kriegesjahres zur Darstellung bringt. Hat auch die Zahl der Kartelle, ihr Umfang und ihre Tätigkeit unter dem Einfluß des Krieges eine starke Beeinträchtigung erfahren, so ist doch im großen und ganzen das System der Kartelle intakt geblieben.

Der äussern Bestand der Kartelle belief sich 1915 auf 757. Ihre wirkliche Zahl dürfte jedoch erheblich geringer sein, denn bei den fortgeschrittenen Einberufungen zum Kriegsdienst haben besonders die kleineren Kartelle stark gelitten und so manches davon stellte die Tätigkeit ein, ohne daß es der Generalkommission zur Kenntnis kam.

Au der Statistik sind 524 Kartelle beteiligt, 54 weniger als im Vorjahre. Der erhebliche Ausfall an berichtenden Kartellen beeinträchtigt den Wert der Statistik jedoch nicht so wesentlich, als es erscheinen könnte. Verglichen mit dem Kartellbestande vor Ausbruch des Krieges befinden sich unter den fehlenden Kartellen 236, die bis 1900 Mitglieder hatten, und 35, die über diese Zahl hinaus bis 5000 Mitglieder zählten. Von den größeren Kartellen fehlen in der Statistik nur Dessau und Solingen.

Den an der Berichterstattung beteiligten Kartellen waren 6001 Gewerkschaften mit zusammen 884.147 Mitgliedern angeschlossen. Die gleichen Kartelle zählten vor Ausbruch des Krieges am 31. Juli 1914 2.127.691 Mitglieder; ihre Zahl ging also durch Einberufungen und sonstige Verluste bis Jahresabschluss 1915 um rund 1,2 Millionen zurück. Von dem Bestande des Berichtsjahres kommen 6583 Zweigvereine mit 890.913 Mitgliedern auf die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände, 17 Zweigvereine mit 4120 Mitgliedern auf die Eisenbahnen und 1 Zweigverein mit 14 Mitgliedern auf den Verband der Feinmechaniker.

Die Einrichtungen der Kartelle zur Förderung der gewerkschaftlichen Interessen sind in ihrer Art von dem Kriegszustand unberührt geblieben, ihre Wirksamkeit ist jedoch, soweit die zur Erfüllung besonderer Aufgaben eingesetzten Kommissionen in Betracht kommen, teilweise oder völlig aufgehoben worden. Die Gesamtzahl aller durch die Statistik für 1915 ausgewiesenen Einrichtungen steht natürlich bei dem erheblich kleineren Kreis von berichtenden Kartellen weit hinter den Zahlen der Friedensjahre zurück. Eine Ausnahme machen nur die Arbeitersekretariate; die Zahl derselben beträgt 115 und ist um 4 höher als 1913. Die Sekretariate bilden die wertvollste Einrichtung der Kartelle für die Arbeiterchaft. Sie erfordern auch einen erheblichen Kostenaufwand, der für 1915 im Vergleich zu dem Jahre 1913 nur unwesentlich gesunken ist und dessen Aufbringung die Kartelle, bei der stark reduzierten Mitgliederzahl, übermäßig belastet. Trotzdem ist man sich über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Sekretariate in Gewerkschaftskartellen durchaus klar, denn durch die Beratung der Angehörigen der Kartellmitglieder und in der Vertretung von Fällen, die mit der Kriegsjorge zusammenhängen, sind den Sekretariaten neue, wichtige Aufgaben erwachsen. 24 von den größeren Kartellen haben zur Erledigung der Kartellgeschäfte Büreaus eingerichtet, in denen in den meisten Fällen Angestellte tätig sind. Insgesamt waren 1915 in den Gewerkschaftsbüreaus und Sekretariaten 183 Angestellte beschäftigt; 24 weniger als 1914.

Der Aufgabekreis der Kartelle hat sich unter dem Kriegszustand verschoben. Die eigentliche in Friedenszeiten ausgeübte Tätigkeit ist unterbrochen und neue Aufgaben sind den Kartellen erwachsen. Gleich nach Ausbruch des Krieges stürzten auf die Kartelle eine Reihe neuer Aufgaben ein, die rasches Handeln und eine kräftige Initiative erforderten. Es galt zunächst auf die Regelung und Ausbesserung der Unterbringung für die Familien der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen und die Schaffung von Arbeitsgelegenheit durch die Gemeinden hinzuwirken und daran mitzuarbeiten. Mit der Fortdauer des Krieges ist nun die Lösung der damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben in ruhigeren Bahnen gelangt worden. Die einzelnen Probleme, die das Interesse der Arbeiterklasse besonders betreffen, treten schärfer hervor, und mit größerer Planmäßigkeit konnte an ihrer Lösung gearbeitet werden. Das Jahr 1915 wird besonders gekennzeichnet durch die Arbeit der Kartelle bei der Einrichtung von öffentlichen Arbeitsbüreaus, um durch ein großzügig angelegtes System der Arbeitsvermittlung den noch vorhandenen des Krieges zu erwartenden Andrang auf den Arbeitsmarkt in geeigneter Weise lenken zu können. Der Arbeitslosenfürsorge bedarf der ständigen Aufmerksamkeit der Gewerkschaften.

